

**AMNESTY INTERNATIONAL
JAHRESVERSAMMLUNG 2018
IN PAPENBURG**

**ÖFFENTLICHE BESCHLÜSSE VON DER JAHRESVERSAMMLUNG
2018 DER DEUTSCHEN SEKTION**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



UNABHÄNGIGE ASYLVERFAHRENSBERATUNG

Die Jahresversammlung beschließt:

Die Jahresversammlung fordert die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarte unabhängige Asylverfahrensberatung umzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Beratung nicht nur den von staatlichen Stellen ausgewählten Organisationen erlaubt wird, sondern auch allen anderen Initiativen und Organisationen, die wie Amnesty International Asylberatung auf der Grundlage der Kriterien des Rechtsdienstleistungsgesetzes durchführen. Den Initiativen ist der Zugang zu den Unterkünften der Asylsuchenden zu gestatten und darf nicht aus Gründen, die von den Initiativen und Organisationen nicht zu verantworten sind, untersagt werden.



FAMILIENNACHZUG ZU SUBSIDIÄR SCHUTZBERECHTIGTEN PERSONEN

Die Jahresversammlung beschließt:

Die Jahresversammlung fordert den Deutschen Bundestag auf, die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär geschützten Personen zu beenden und wieder zu der ursprünglich zum 1.8.2015 eingeführten Regelung zurückzukehren, den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten mit den gleichen Bedingungen wie den Familiennachzug zu Menschen mit Flüchtlingsschutz zu gewähren.



MENSCHENRECHTLICHE BEDENKEN ZU NEUEN POLIZEIGESETZEN IN DEUTSCHEN BUNDESLÄNDERN

Die Jahresversammlung beschließt:

Amnesty International Deutschland betrachtet mit großer Sorge die aktuelle Diskussion um neue Polizeigesetze, die in Teilen Anlass für große menschenrechtliche Bedenken geben.

Das betrifft besonders das gerade durch den bayerischen Landtag verabschiedete Polizeiaufgabengesetz, das aus Sicht von Amnesty an vielen Stellen menschenrechtliche Grundsätze einschränkt und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt, so beispielsweise mit unbestimmten Begriffen wie drohender Gefahr" oder die Absenkung der Schwelle für den Einsatz militärischer Waffen wie Handgranaten, Sprenggeschosse oder Maschinengewehre. Amnesty International Deutschland fordert die Bundesländer und die Länderparlamente auf, bei der Novellierung ihrer Polizeigesetze die Einhaltung menschenrechtlicher Standards und rechtsstaatlicher Prinzipien sicherzustellen.

